

Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

werden 2. 8gspalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in anderen Anzeigenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen - Annahmestelle vorr. 11 Uhr, für Sonntagsblätter 9 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. haupt-Verkaufsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Straußhaustr. 17, Lieben-Geschäftshaus. Nr. 24 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausl. Zustellungsgeld. Einzelnummern 1 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen ist die „Zeitung“ eingetrag. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird kein Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Fern: der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1218, der Bezugs-Abt. Nr. 1135, Prof. Schöck-Roma Leipzig Nr. 4609.

Nr. 318.

Halle, Donnerstag, den 10. Juli.

1919.

Wann erfolgt die Aufhebung der Blockade?

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Von unternetzter Seite wird uns gemeldet, daß, nachdem die Ratifizierung des Friedens durch die deutsche Nationalversammlung und den Reichspräsidenten bereits vollzogen und nach Paris gemeldet worden ist, die Aufhebung der Blockade und der vom Obersten Wirtschaftsrat der Alliierten verhängten Handelsbeschränkungen mit Deutschland am Sonntag, spätestens am Sonntag erfolgen werde. Die unmittelbare Wirkung der Aufhebung der Blockade wird ein starker Zustrom von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein. Privatfirmen haben in den letzten Monaten fast ausnahmslos mit Unterstützung der Regierung große Einkäufe in den neutralen Ländern befristet, hauptsächlich in Getreide und Tabak, die nach erfolgter Aufhebung der Blockade möglichst schnell nach Deutschland herabgebracht werden können. Auch Lebensmittel sind in sehr beträchtlichen Mengen angekauft worden und sollen mit möglichster Beschleunigung an die Auftraggeber geliefert werden.

Graf Brockdorff-Rantzau Botschafter in Wien?

Wien, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das Wiener „Neue Wiener“ berichtet, hat Graf Brockdorff-Rantzau die ihm angetragene Stelle eines Wiener Botschafters angenommen und beabsichtigt, Ende Juli seinen neuen Posten anzutreten. Die österreichischen Stellen melden, daß sich die Reichsregierung mit der Weigerung des Wiener Botschafters einverstanden ist, die auswärtigen Dienste überhaupt noch nicht befristet hat. Insofern seien die Wiener Nachrichten den Tatsachen voraus, als die Berufung des Grafen Rantzau auf den Wiener Posten sehr wahrscheinlich ist.

Einzelstaatliche Beratungen mit Erzberger.

Wien, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichsfinanzminister Erzberger hat in seiner Programmrede hinsichtlich seiner Stellung zum Komplex der Reichsfinanzverwaltung auf dem Gebiete der Steuererleichterung und der Steuererhebung wesentlich zu erweitern gedenkt. Die einzelstaatlichen Finanzminister werden nun am Sonntag in Weimar einberufen, um diese Punkte mit dem Finanzminister Erzberger zu besprechen. So viel bekannt, bricht bei den einzelstaatlichen Regierungen eine stürmische Erregung über diesen neuen Plan, weil sie darin das Ende ihrer Selbständigkeit erblicken.

Ein Saarbeden-Vertreter in Paris.

Saarbrücken, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Herausgeber der „Saarbrücker Zeitung“, Hofker, der einer alleingetragenen Familie des Saargebietes angehört, wurde zum Vertreter des Saarbedens im Rat der fünf ernannt.

Keinerlei schriftliche Abmachungen über den Kaiserprozess.

WTB. Amsterd., 10. Juli. „Telegraph“ berichtet aus Paris: „New York Herald“ erzählt, wie der Vertreter zu dem Beschluß kam, den Kaiser in London vor ein Gericht zu stellen. Demnach hat Lloyd George während einer Pause in den Beratungen plötzlich gefragt: Sind Sie dagegen, daß der Prozeß in London stattfindet? Wilson und Clemenceau waren einander Blicke zu und sahen dann Lloyd George an. Clemenceau, der, wie in Paris wohl lautet, dem Prozeß feindlich gegenübersteht, antwortete: „Nein, als ob er sagen wollte: „Ja“ meinetwegen, und Wilson sagte das gleiche. Hierfür wurden die unterzeichneten Verhandlungen fortgesetzt. Es wurden keinerlei schriftliche Abmachungen getroffen.

Wilson's Empfang in Nordamerika.

WTB. Amsterd., 10. Juli. Drahtlos wird aus New-York gemeldet, daß ein Geschwader von vier Kreuzern und 36 Torpedobooten dem „George Washington“ entgegenfährt. In der Nähe von Sandy Hook wurden Salutsschüsse geschossen. Außerdem hatten 45 andere Kriegsschiffe, darunter die „Pennsylvania“, auf der sich Vizepräsident Marshall und mehrere Mitglieder des Kabinetts befanden, den Befehl, Wilson bei der Einfahrt in den Hafen zu eskortieren.

Das Programm der italienischen Regierung.

WTB. Rom, 10. Juli. (Agenzia Stefani.) Mitti erklärte in der Kammer im Namen der Regierung, daß sich das durch die Ereignisse anferlegte Programm in folgende vier Punkte zusammenfassen lasse:
1. Die Friedensverhandlungen beenden unter überzogener Verteidigung des Programms der nationalen Aspirationen.
2. So rasch als möglich den Übergang vom Kriegszustand zum Friedenszustand durchzuführen.
3. Die Existenzbedingungen des Volkes erleichtern.
4. rasch die durch die neue Lage notwendig gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vorbereiten.
Um dieses Programm zu verwirklichen, müsse die Wirtschaftsdiktatur aufgehoben werden. Die Re-

gierung werde sie fest und ohne Schwäche aufrechterhalten. Hinsichtlich der finanziellen Fragen sagte Mitti, daß die auswärtige Schuld sich auf 20 Milliarden und die innere auf 68 Milliarden belaufe. Man müsse weniger verbrauchen, mehr produzieren und intensiver arbeiten. Eine besondere Steuer müsse auf die während des Krieges gemachten Vermögen gelegt werden. 2½ Milliarden seien angesetzt, um den Preispreis niedrig zu halten. Er erklärte zur auswärtigen Politik, daß in diesem Augenblick die wichtigsten Fragen für Italien noch nicht entschieden seien, und daß man in Bezug auf die Währungsfrage noch nicht auf dem Wege einer befriedigenden Lösung der nationalen gerechten Forderungen sei. Mitti wiederholte die von Tittoni im Senat abgegebene Erklärung.

Weitere italienisch-französische Zusammenstöße in Fiume.

Genf, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In Fiume ist es nach dem Südbalcanischen Presdebureau zu schweren weiteren Zusammenstößen zwischen Italienern und Franzosen gekommen, die in eine förmliche Schlacht ausarteten. Italienische Militär suchte in Gemeinschaft mit Einwohner aus Fiume das französische Torpedoboot „Esclava“ zu stürmen, das hierauf das Feuer auf die Italiener eröffnete. Viele griffen die im Hafen befindliche Basis für die Verbringung in Innern stehenden französischen Kräfte an. Es kam zu wilden Straßenschlachten, bei denen mit Maschinengewehren, Revolvern und Sandgranaten gekämpft wurde. Französische Kolonialtruppen wurden von den Italienern ohne Gnade niedergemetzelt. Die italienische Bevölkerung beteiligte sich an den Säuerneis mit Revolvern und Gewehren am Kampfe. Bisher sind etwa 80 Tote auf französischer Seite gemeldet.

Vermehrte Ausfälle in Sizilien.

WTB. Bern, 10. Juli. Die französische Presse hebt im allgemeinen die italienischen Meldungen über die Zwischenfälle in Fiume für übertrieben. „Journal des Débats“ sagt, man dürfe die augenblickliche Ungewißheit über die Währungsfrage nicht andauern lassen, wenn man nicht großen Gefahren entgegengehen wolle.
Aus mehreren Städten Oberitaliens wird das Wiederankommen der Beurlaubten gemeldet. Nach München der Nachrichten sind Befragungen bei dem räumlichen Arbeitsamt und der Behörden und Geschäftsteuern geltend gemacht. Für Rom ist der sofortige Generalkrieg beschlossen worden. Ganz Apulien ist von der Bewegung ergriffen, wo laut „Avanti“ bereits Truppen zusammengezogen werden. Auch in Sizilien mehren sich die Ausfälle.

Ungarische Agenten in München verhaftet.

München, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In einem Münchener Hotel wurden gestern drei Ungarn verhaftet, die im Verdachte stehen, Agenten der ungarischen Nachregierung zu sein. Gleichzeitig wurde auch eine Dame verhaftet, die als Sekretärin der Inhaftierten tätig war. Es handelt sich, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, um drei ungarische Journalisten, Vertreter des ungarischen Pressebureaus in München. Es wurde umfangreiches Material beschlagnahmt, darunter sehr viele Telegramme aus Ungarn. Wenn der Festgenommenen nichts Weiteres nachgewiesen werden könnte, als die Verbreitung rüdes freundschaftlicher Meldungen, so erachtet es, wie die Blätter schreiben, anherst zweifelhaft, ob die Verhaftung aufrechterhalten wird. Dagegen würde gegebenenfalls militärische Einschüpfung in Frage kommen.

Mißstimmung in Elsaß gegen Frankreich.

Bern, 9. Juli. Cazin, der mit Louquet und Frasard eine Vortragreise durch Elsaß gemacht hat, äußerte sich über die gewonnenen Eindrücke: Frankreich habe seit dem Waffenstillstand in Elsaß Leidbringen nicht an die Menschen gewonnen. Das vorbildliche Gefühl, in der Arbeiterklasse sei ein tiefgehendes allgemeines Mißbehagen. Selbst Reibetes und Martin, die unter dem deutschen Herrschaft viel zu leiden gehabt haben, unterstützen den von den französischen sozialistischen Abgeordneten angenommenen Grundged der Verweigerung der Ratifizierung des Vertrages.
Eine Meldung aus Straßburg besagt: Die Einsetzung Elsaß-Verträgen in Frankreich wird am 20. Juli durch einen feierlichen Akt im ehemaligen Kaiserpalast in Straßburg erfolgen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen.

Berlin, 10. Juli. Dem Beschluß der Nationalversammlung, folgend, hat gestern abend 8 Uhr, laut „Vorwärts“, der Reichspräsident die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen. Mittels darauf ist die entsprechende Urkunde durch Kurier nach Versailles abgegangen.

Zur Hochschulreform.

Von Universitätsprofessor Dr. Freiseisen-Röhler.

Die von vielen Seiten geforderte Hochschulreform kommt nunmehr in Preußen in Gang. Durch einen Erlass vom 17. Mai 1919 hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, um zunächst eine dreierlei Basis für hochschulpädagogische Beratungen zu schaffen, eine Erweiterung der bisherigen Organe der Hochschulen, nämlich der Fakultäten und Senate, durch Ernennung der planmäßigen Ordinarien zu periodischen Ordinarien, Vertretung der Privatdozenten und Honorarprofessoren in den Senaten und Fakultäten (oder eigener Privatdozentenvereine) und Heranziehung der Studierenden zur akademischen Selbstverwaltung angeordnet.

Zeit gleichzeitig mit diesem Erlass sind von dem gegenwärtigen Unterrichtsminister im Unterrichtsministerium Beder „Gedanken zur Hochschulreform“ (Leipzig, Quelle und Meyer) erschienen, die, obwohl eine private Veranstaltung, bei der amtlichen Stellung des Verfassers in allen interessierten Kreisen besondere Beachtung finden werden. Beder, der Universitätsprofessor ist und zugleich ein Verwaltungsbeamter, um, von dem aus er das Ganze des Hochschulwesens überblicken kann, vermag mit einer Sachkunde zu urteilen, die nur wenige besitzen. Aber er spricht weder im Stil des Gelehrten noch des Verwaltungsbeamten, sondern in einem ungekünstelten, lebhaften, jugendfrischen Ton, temperamentvoll, eindringend und gelegentlich auch mit überlegenem Humor, wenn sicher auch, was sich so leicht und lebendig liest, im einzelnen genau erwohnen und manches, was nur flüchtig berührt ist, wohl absichtlich nur Andeutung bleibt.

Daß eine Reformbedürftigkeit unserer Hochschulen besteht, kann nach den vielen Wünschen, Klagen und Anfragen gegen sie, die schon zahlreich vor dem Kriege erhoben worden sind, nicht bezweifelbar werden. Wir sind zwar noch immer auf unsere Wissenschaft und unsere Universitäten stolz, aber vielleicht gehen wir zu sehr von ihrem inneren Reiz aus, als daß wir die ungeliebte Wahrheit, daß die gegenwärtigen Leistungen des Auslandes uns dazu berechtigen, für Beder scheint vielmehr die allgemeine Enttäuschung, die die deutsche Wissenschaft und ihre Frage während der letzten Generation genommen hat, geradezu verhängnisvoll. Die immer weiter fortschreitende Spezialisierung, die Ausfüllung in immer neue Sonderdisziplinen, die Zerlegung der Hochschulen in Universitäten, Technische und andere Fachhochschulen, die Absperren der Fakultäten gegeneinander, erweist nach ihm dieselbe Vorberzeitung des partikulärwissenschaftlichen Juges, der für unser Volk ebenso charakteristisch wie schädlich ist. Auf wissenschaftlichem Gebiet hat das ein Unvermögen zur Synthese, ja eine Verkümmern des wohlhaft wissenschaftlichen Menschen zur Folge, sich helfen will in erster Linie wissenschaftliche Autoritäten oder Berufskollegen. Auch die beherrschende Verdrängung der Stellung der Universitäten im Volksbewußtsein, die Minderung ihres gesellschaftlichen Ansehens, die Selbstauslöschung aus dem öffentlichen Meinungsbildung hängt damit zusammen. Das gelehrte Spezialistentum entfremdet sie den schöpferischen Kräften des Lebens, das Ueberwuchern des historischen Sinnes, die zu einer ausschließlich rückwärts gerichteten Einstellung der Denkgewöhnung führt, die allzu enge Verknüpfung der Hochschulen mit der höheren Schule und ihren Berechtigungen und Zulassungsbefugnissen hat das ihrige. Gleichwohl hält Beder daran fest, daß der Kern unserer Universitäten gesund ist. Die Verbindung von Lehre und Forschung, von Staats- und Selbstverwaltung, die für sie charakteristisch ist, soll nicht preisgegeben werden. Um so entsetzlicher gilt es, die besonderen Schwächen, die die durch bedingte nicht, nicht zu übersehen. Vor allem muß geübt werden, daß die Lehre gegenüber der Forschung hat zu sehr zurückgetreten ist, so daß die Hochschulen diesen Studierenden, die auf ihnen ihre Berufsberatung erhalten sollen, geradezu eine falsche Berufseinstellung mitteilt. Von Standpunkt der Hochschulpädagogik fordert Beder, daß die Hochschulen Forscherhochschulen, Berufshochschulen und Staatsbürgerhochschulen sein und dem Studenten nicht nur eine nahezu ausschließliche Erziehung des Intellektes, sondern auch des Charakters und des Willens geben müssen. Dazu ist freilich erforderlich, daß das Verhältnis der Universität zur Studentenschaft, das bisher ein viel zu lockeres und äußeres war, wesentlich geändert werde. Das Selbstbewußtsein der Studentenschaft als Trägerin der künftigen Gesellschaft der Nation ist zu entwickeln und zu pflegen, ihr Gemeinschafts- und Verantwortlichkeitsbewußtsein auszubilden. Der ungeliebte Formalismus macht sich freilich in der Spezialisierung unserer Studentenschaft und in der Vorberzeitung von Interessen geltend, die mit dem großen Ganzen, dessen Glied sie sein sollen, nichts zu tun haben. Demgegenüber fordert Beder, daß die deutsche akademische Jugend dem Vorgehen des Organismus werde und erst diese Reform an sich selbst vollbracht haben muß, um zur Mitarbeit an der Universität als Genossenschaft reif zu werden.

Die positiven Vorschläge, die Beder zur Reorganisation unserer Hochschule macht, z. B. die Umwertung, die staatsbürgerliche Erziehung auf besondere, außerhalb der Universitäten, aber mit ihnen im organischen Zusammenhang stehende Anstalten zur Pflege aller politischen Wissenschaften zu übertragen, können hier nicht im einzelnen besprochen und gewürdigt werden. Sie erheben sich auch, wie gesagt, zum Teil über die Umwertung, obwohl hinter diesen offenbar ein durchsichtiger und durchgearbeiteter sachmäßiger Programm steht. Ein solches will Beder in seiner Schrift nicht entwickeln, sondern in ihr nur eine Diskussionsbasis geben. Sie

ist die Fragestellung klar und zum Durchdenken der Pro-
bleme anregend.

Nur seine Punkte werden etwas genauer behandelt, die
wichtigsten Vorfragen der geordneten Reform bezeichnen. Der
eine ist die Stellung der Hochschulräten in akademischen
Behörden. Hier tritt Bedarf für die völlige Aufhebung des
Extraordinariats und die Schaffung einer einzigen Klasse
planmäßig angestellter Professoren, sowie für die Teilnahme
der Privatdozenten (oben Freiheit und Unabhängigkeit er-
wähnt) unbedingt werden müssen, an der akademischen
Selbstverwaltung und ihrer amtlichen Vertretung am Unter-
richte ein. Der andere Punkt betrifft eine materielle Vorfrage,
nämlich die Umgestaltung des Kollegienwesens, das in seiner
bis herigen Form nach ihm durch die allzu starke Zentralfor-
derung privatrechtlicher Interessen die idealen Auf-
gaben der Universitäten erheblich schmälert. Die gänzliche
Aufhebung der Kollegien scheint ihm vorläufig unmög-
lich. Er schlägt statt dessen einen großzügigen Ausbau des
Seminariats und die Auflösung der einzelnen Kollegien
durch ein Pauschalquantum der Studierenden vor.

Wände, die mit Fähigkeit an den gewünschten und be-
dürftigen Grenzen, werden schon diese Vor-
schlüsse bedenklich finden. Ueberwachungsvereinigungen, die
sich ergeben können, werden aufgefangen, das übertriebene
und unhaltbare Mächtig des Extraordinariats wird mit Gründen
verteidigt, die in Wahrheit nur nachträgliche und überdies
unzulängliche Rechtfertigungen einer historischen Erscheinung
sind, die ihre bisherige Fortdauer ausschließlich finanzpoli-
tischen Rücksichten verdankt, schädliche Folgen aller Art wer-
den von einer zu weitgehenden Neuordnung bestritten. Das
doch einer unserer ersten Gelehrten allen Eueres geglaubt,
den Fortschritt der Wissenschaften nach Vertretung in den
Fakultäten mit dem Himmel begeben zu können, daß dadurch
die freie Privatdozentur, damit aber die Entfaltung der
Wissenschaft und damit die Weiterleitung der deutschen Kultur
gefährdet werde! Für die Bereitwilligkeit unserer Fakultäten
zu Reformen werden ihre gutdünkelnden Versicherungen zu
dem eingangs erwähnten ministeriellen Erlaß fernsagend
sein. Jeder bringt diesen Erlaß als Anfang seines Buches
zum Ausdruck. Es wäre der weiteren Entwicklung nur förder-
lich, wenn die Antworten der Fakultäten ebenfalls der Offen-
heit teilhaftig gemacht werden würden. Denn die Hochschu-
lreform unserer Tage, so betont jeder, ist von grund-
sätzlich anderer Natur als die Reorganisation der Universi-
täten einst durch Schleiermacher und Humboldt. Sie kann
nicht die Sache eines einzelnen Kopfes sein. Es handelt sich
um einen Umbau in der logischen Struktur der Hochschule
und in der Wissenschaftsvermittlung. Dieser Umbau kann
aber nur durch das vertrauensvolle Mitwirken aller Beteilig-
ten und nur im Licht der öffentlichen Kritik erfolgen.

Die bodenlose Rohheit eines kommunistischen Streik- hebers

stellt der Vorwärts an den Branger. Das Blatt berichtet,
daß in der Berliner Eisenbahnerversammlung bei Großmann,
Kreuzbergstraße 48, am 30. Juni ein kommunistischer Redner
sagte:

Kein Mißgung diese hereinfallen werden,
wenn auch einige Säuglinge mehr freispieren;
während des Krieges hat sowieso eine ganze Masse davon
verrotzt.

Dieser Gemütsmenschen, ein eintägiger Eisenbahner,
wurde, wie der Vorwärts weiter feststellt, bei den darauffol-
genden Vorwürfen zur Selbstmord-Attentatsmaßnahme
der Versammlung heraus als Arbeiter rat vorgeschlagen.

Pländerungen in Baumen.

Barmen, 9. Juli. Zu ersten Ausschreitungen kam es
gestern abend im Anschluß an die Stadtratssitzung, als be-
kannt wurde, daß die Teuerungszulage an die Er-
werbslosen nicht bewilligt wurde. Durch ein starkes
Volksaufgebot wurden die Versuche, das Rathaus zu
kürmen, abgelehrt. Hierfür zog die Menge vor die
größten Kaufhäuser der Stadt, zertrümmerte die Schaufenster
und rübte die Fenstereingänge aus. Die Polizei
übertrieb die Saupolizeiorganisation ab. Trotzdem sammelte
sich eine zahlreiche Menschenmenge an. In der Stadtratssitzung
bewilligten schließlich die Stadtverordneten den Be-
amten, Lehrern und Hilfsangehörigen die verlangte Teue-
rungszulage. Auch für die Erwerbslosen zeigte die Stadt-
verordneten Entgegenkommen. Wie die Ausschreitungen
eigen, genigte letzteren dies jedoch nicht.

Ein großer Landarbeiter-Streit geplant.

Die Fraktion der Deutsch-Nationalen Volkspartei hat in
der preussischen Landesversammlung folgende Interpellation
eingebbracht:

Streiks von Landarbeitern sind in verschiedenen Pro-
vinzen Preußens ausgedehnt und zwar auch dort, wo Ver-
träge zwischen Arbeitgebern und organisierten Landar-
beitern abgeschlossen sind. Außerdem steht nach zuverlässigen
Nachrichten für die Zeit der Ernte ein allgemeiner
Landarbeiterstreik in sicherer Aus-
sicht. Dadurch wird die Ernährung der Ernte in Frage
gestellt und die Ernährung der Bevölkerung aufs ge-
fährlichste gefährdet. Welche Stellung gegen-
über der Staatsregierung solcher Streiks gegenüber einnehmen
und wie gegen sie den Ausbruch derselben zu verhindern?

Ungeheure finanzielle Schäden durch den Eisen- bahner-Streit.

Nach einer vorläufigen Schätzung des preussischen Eisen-
bahnaministeriums hat der Eisenbahnerstreik der letzten
vierzehn Tage den preussischen Staatseisenbahnbetrieben
Schäden von rund 30 Millionen Mark verur-
sacht. Die Übernahme dieser Schäden durch den Staat
belehnt überaus weit.

Wirtschaftliche Beihilfen an Kriegs- gefangene.

Neher die Verwendung der vom Reich bewilligten 150 Mil-
lionen Mark für die Kriegsgefangenen sind im Reichsministerium
unter Zugabe von Vertretern der Kriegsgefangenen-Organisationen
und des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte Anträge
ausgestellt worden, über die der Reichstag am 2. Juli im
an den Beratungen folgende Mitteilung erwidert:

Das Reich soll als wirtschaftliche Beihilfen nach
sozialen und individuellen Gesichtspunkten Verwendung finden
an Grund von Entlassungen eines Arbeitsauslasses, der von
der britischen Kriegsgefangenen-Organisationen erachtet wird und
aus einem Vertreter des Reichsbundes zum Schutz der Kriegs-
und Zivilgefangenen, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

und der britischen Organisationen ehemaliger Kriegsgefangenen
bestehen muß.

Alle Kriegsgefangenen, denen aus ein Einpruch
die wirtschaftliche Beihilfe, sofern sie nach dem 11. November 1918
aus dem Kriegsgefangenen entlassen sind, die an die Angehörigen vom
Truppenteile eventuell gezahlte Röhnung bleibt unberührt.

Die Beihilfe soll im allgemeinen bis zu 300 Mark betra-
gen, aber bis zu 400 Mark erhöht werden, wobei
bei der Summe von 300 Mark überhöchste Teil zur Hälfte aus
Reichsmitteln, zur anderen Hälfte von der zuständigen Staats-
und Kommunalstellen getragen werden soll.

Der Reichsbund sollte im Falle der Beihilfeleistung 100
Mark betragen, wenn die Kriegsgefangenen nicht länger als ein
Jahr gebauert hat. Bei längerer Dauer werden für jeden we-
teren Monat 5 Mark bewilligt. Bei Arbeitslosigkeit kann die
Beihilfe in Raten gezahlt, darf aber nicht auf die Arbeitslosen-
unterstützung angerechnet werden. Ihre Gewährung ist vom mil-
itärlichen Dienstverhältnis unabhängig.

Keinen Anspruch auf Beihilfe haben Beamte, deren Ge-
halt während der Gefangenenshaft weitergezahlt worden ist, fer-
ner Beamte, die während der Gefangenenshaft unter der gleichen Voraussetzung,
oder wenn sie oder ihre Angehörigen eine Abfindung bis zu 50
Prozent oder bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine wirtschaftliche
Beihilfe von ihrem Arbeitgeber erhalten haben. Ausge-
nommen sind auch Kriegsgefangene, gegen die ein Verfahren
wegen Landesverrats eingeleitet ist, solange es nicht zu
ihren Gunsten keine Entscheidung, sondern eine Abfindung bis zu 50
Prozent oder bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine wirtschaftliche
Beihilfe von ihrem Arbeitgeber erhalten haben. Ausge-
nommen sind auch Kriegsgefangene, gegen die ein Verfahren
wegen Landesverrats eingeleitet ist, solange es nicht zu
ihren Gunsten keine Entscheidung, sondern eine Abfindung bis zu 50
Prozent oder bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine wirtschaftliche
Beihilfe von ihrem Arbeitgeber erhalten haben.

Die Vorarbeiten sind nach ebenfalls festgelegten Vorschriften
in rechtzeitig fertigzustellen, daß dem Kriegsgefangenen die ange-
gebene Summe sofort bei seiner Rückkehr ausbezahlt werden
kann. Weiter 20 Millionen Mark sind unter der
Bedingung der Verteilung der Kriegsgefangenen-Gemein-
schaftsstellen angefallen, die ihnen zur Befreiung der Emp-
fangenen der Kriegsgefangenen und zur Deckung der Kosten im
Zugangestiegen.

Deutsche Note an Clemenceau.

Berlin, 9. Juli. Der Vorsitzende der deutschen
Friedensdelegation in Frankreich, Freiherr von
Vesener, übermittelte heute mittig dem Minister-
präsidenten Clemenceau folgende Note:

Die Ausführung des Friedensvertrages im
deutschen Dreieck macht unmittelbar nach der Ratifi-
kation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbe-
sondere wird eine unumgängliche Zurück-
bildung der deutschen Behörden aus den
abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große Ver-
wirrung hervorrufen. Dies gilt vor allem für die
innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Ver-
kehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so
schwerer gefährdet, als die nationalen Gegen-
stände in den in Frage kommenden Gebieten bereits
sehr zu einer starken Erregung der ganzen Be-
völkerung geführt haben. Die deutsche Regierung hält
deshalb die bestmögliche Einleitung unmit-
telbarer Verhandlungen mit den polnischen
Regierungen für unerlässlich. Das Ziel dieser Ver-
handlungen würde sein unter Zuziehung vor allem
der beteiligten preussischen Behörden eine geordnete
Uebergabe und Ueberleitung der einzelnen Verwal-
tungsbereiche sicherzustellen und die Einzelheiten über
eine planmäßige Zurückziehung der
preussischen Beamten festzulegen. Die Ver-
handlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der
Beteiligung der preussischen Dienststellen und die not-
wendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin
abgeschlossen werden. Den polnischen Regierungen
würde in diesem Falle alle erforderlichen Erleichterungen gewährt
werden.

Es wird um eine baldige Mittlung darüber
gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlag
zustimmt und bereit ist mit größtmöglicher Beschleunigung
ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt
ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen.

Deutsche Kriegsgefangene in der Pfalz eingetroffen.

Wafel, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In
Homburg, Zweibrücken und Landstuhl in der Pfalz
sind nunmehr mehrere tausend deutsche Kriegsge-
fangene eingetroffen. Der polnischen Presse ist es
verboten, Schilderungen über die heimgekehrten
deutschen Kriegsgefangenen zu verbreiten.

Die Aufhebung der Blockade und Zensur.

Paris, 9. Juli. Der Yvoner „Progrès“ meldet
aus Paris, der Minister hat einen Beschluß von
dieser Wichtigkeit für Deutschland durch
die Bestimmung, daß die Blockade der Pfalz
automatisch aufgehoben wird. Der Zensur
bedeutend wurde, gesagt. Der Deputierte Renaud von
der Armee-Kommission der Kammer und Bismarck
klärten einem Vertreter des „Matin“, die Armee-Kom-
mission plane einen Militärdienst auf ein Jahr, höch-
stens 15 Monate.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Entente.

Von Seiten der Entente ist, wie die „Dish. Allg. Ztg.“
erfährt, durch Herrn Daloz die Mitteilung gemacht worden,
daß die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der
unverzüglich beginnen sollen, und zwar in Verbindung mit
der Frage des Wiederaufbaus der belgisch-französischen
Kriegsgebiete. Es wurde gleichzeitig der Wunsch der Entente
nach baldiger Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehun-
gen zum Ausdruck gebracht.

Der Kaiser weigert sich zu erscheinen.

Konstantinopel, 10. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der
Londoner Redakteur des „Manchester Guardian“ meint
Grund zu der Annahme zu haben, daß die niederlä-
ndische Regierung nicht einwilligen wird, den
Kaiser nach den Alliierten auszuliefern. Auch der
Kaiser selbst soll gesagt haben, daß er nicht vor einem Ge-
richtshof der Alliierten erscheinen wolle.

Wie aus London gemeldet wird, berichtet die „Morn-
ingpost“, daß die in französischer Gefangenenschaft befindlichen
U-Boot-Kommandanten und ein Zeppeleincommandant dem-
nächst nach London überführt werden. Dort sollen sie be-
sonnlich wegen der gegen sie gerichteten Anklage vor den
Gerichtshof gestellt werden. Nach demselben Blatt rechnete
man damit, daß die Prozesse bereits im August ihren
Anfang nehmen werden.

Die Bekämpfung des Völkerverbundes durch Amerika.

Washington, 10. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Wash-
ington wird gemeldet: Die Propaganda zur Bekämpfung des

Völkerverbundes hat in Amerika ihren Anfang genommen. Es
sind eine große Protestversammlung statt, an der Tausende
teilnahmen, die ausdrücklich betont wurde, daß die Ratifi-
kation des Friedensvertrages eine Ge-
fahr für das amerikanische Volk werden würde.

Der Reichswirtschaftsminister Wiffel bleibt?

Berlin, 10. Juli. Zur gegenwärtigen Wiffelkrisis
wird dem „Vorwärts“ aus Wien geschrieben: Es ist
nicht nur zu wünschen, sondern durchaus wahr-
scheinlich, daß es gelingen wird, sowohl Wiffel
in seinem Amt zu erhalten, als die Wiffel-
schen Ideen mit den Vätern einiger seiner Kollegen in
Einklang zu bringen.

Blutige Krawalle in Warschau.

In Warschau kam es, wie verschiedene Blätter sich be-
richten lassen, in den letzten Tagen infolge bolschewistischer
Agitation zu blutigen Vorfällen.

Italien ratifiziert nicht?

Paris, 10. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Paris
wird gemeldet: Nach neuen Informationen ist es ziemlich be-
kannt, daß Italien den Friedensvertrag nicht ratifi-
zieren wird, da die Regierung nicht durch eine Volksver-
sammlung abgelehnt werden wird.

Deutsches Reich.

Baldige Erhebung der Vermögensabgabe.

Ein Berliner Mittagblatt bringt die Mitteilung, daß
die Vermögensabgabe in diesem Jahre nicht mehr zur Er-
hebung gelange, um dem Wirtschaftslieben die zum Wieder-
aufbau notwendigen Mittel jetzt nicht zu entziehen. Wie die
T. Z. an zuständiger Stelle erfährt, ist diese Annahme
falsch. Im Reichsfinanzministerium wird im Gegenteil mit
Schnelligkeit gearbeitet, um die Vermögensabgabe so schnell
wie irgend möglich in die Wege zu leiten.

Vor der Beendigung des Berliner Verkehrsstreiks?

In dem Straßen- und Postverkehr scheint es der er-
sten Vermittlung des Volksgesetzes, sowie dem Eingrei-
fen mehrerer Stadtratsmitglieder gelingen zu wollen, eine
günstige Wendung herbeizuführen.

Unruhen in Hannover.

Hannover, 9. Juli. In der Bahnhofsstraße kam es
heute nachmittag entgegen dem Verbot zu einer Zusam-
menkunft. Als daraufhin eine Festnahme erfolgte,
nahm die Menge eine drohende Haltung ein und wollte
den Verhafteten befreien. Es kam zu einer Schießerei,
bei der zwei Personen getötet wurden.

Ausland.

England und der Kaiser.

London, 9. Juli. (Meuter.) Im Unterhaus fragte
George Lambert, ob Vorkriegsmaßregeln getroffen wor-
den seien, um eine Rückkehr des Kaisers nach Deutsch-
land zu verhindern. Bonar Law erwiderte: Als
Schritte, die wir in dieser Richtung für möglich halten
sind ergriffen worden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 10. Juli 1919.

Leuchtgas und Wassergas.

Von Prof. Dr. E. Erdmann-Halle.
In Nr. 306 der „Saalezeitung“ vom 3. Juli findet
sich die Mitteilung, daß für die künftigen Gaswerke
eine neue Wassergasanlage geplant ist, die bereits am
1. Dezember in Betrieb kommen soll. Gewiß ist es auf
das lebhafteste zu begrüßen, wenn seitens der Stadt alle
Anstrengungen gemacht werden, um den empfindlichsten
Posten der infolge der schlechten Gasversorgung auf
den Einwohnern lastet, so schnell wie möglich zu beseitigen.
Das ist der beste und bringende Beweis
unserer Dankbarkeit für das Gas an sich selbst
nutzen, ebenso wie des Schreibens dieser Zeilen, der
im heimischen Universitäts-Laboratorium den prakti-
schen Unterricht auf Arbeit in den verlegen muß,
weil das für die Arbeiten unentbehrliche Gas tags-
über ausbleibt.

Gleichwohl kann der Sachverhältnisse das Loblich,
das dem Wassergas aus dem Vauauschluß heraus
erhöht, nur mit gewissen Vorbehalten und nicht als
eine öffentliche Pflicht betrachten, die alle
Menschheit über die Eigenschaften dieses
Gases etwas näher aufzuklären.

Es ist richtig, daß für die Leuchtgasfabriken die Her-
stellung von Wassergas sehr schwer ist, da der zur
Wassergasfabrikation erforderliche Koks ein Nebenpro-
dukt ihres eigenen Betriebes ist. Die Angabe aus der
Ergänzung des Vauauschusses, daß man durch die neue
Wassergasanlage Koks für andere Zwecke frei zu be-
kommen gedenkt, ist freilich unverständlich; im Gegen-
teil, der bei der Steinkohlendestillation gewonnene Koks
wird für die Wassergasfabrikation verbraucht! Die
Vorzüge dieser Fabrikation bestehen darin, daß die An-
lagekosten und Betriebskosten erheblich geringer sind
als die einer Leuchtgasanlage von gleicher Leistungs-
fähigkeit, daß ferner die Grundfläche für eine solche An-
lage nur 1/2 beträgt, und daß die Abführung viel ein-
facher ist, weil Wassergas nur minimale Mengen von
Schwefelverbindungen enthält. Ferner erfordert die
Inbetriebsetzung einer Wassergasanlage nur wenige
Stunden und zur Bedienung genügen wenige Leute.
Diesen gewaltigen Vorzügen des Gases stehen aber
zwei große Nachteile gegenüber, nämlich seine ge-
ringere Heizkraft und seine außerordent-
liche Giftigkeit.

Das Wassergas im Generator erzeugt durch
Einwirkung von Wasserdampf auf weikohligen Kohle
(oder Anthrazit). Dabei wird der Koks vergaszt, und es
bleibt sich ein Gasgemenge, dessen ideale Zusammen-
setzung aus gleichen Molekülen Kohlenoxyd und Wasser-
stoff besteht. Im praktischen Betriebe wird ein Gas
erzeugt von rund 48 Prozent Kohlenoxyd und 50 Pro-